



**Andreas Unterberger**

Publizist und Politikwissenschaftler. Geb. 1949 in Wien. Matura im BG Wien VIII (Piaristen) mit Auszeichnung, Universität Wien, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Dr. jur., 1972/73 Institut für Höhere Studien/Politikwissenschaft. – Berufstätigkeit: „Die Presse“: 1973-2004, ein Jahr Lokalressort, ab 1974 außenpolitischer Redakteur, 1984-1995 Ressortleiter Außenpolitik und Leitender Redakteur, 1995-2004 Chefredakteur. „Wiener Zeitung“: 2005-2009 Chefredakteur. Universität Wien: 1989-1998: Lehrbeauftragter (Bereich Politikwissenschaft, internationale Beziehungen), Seminare und Vorlesungen über: österreichische Außenpolitik, europäische Integration, internationale Sicherheitspolitik, Minderheitenschutz. Daneben freie publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit. Internet-Blogger: Seit 2009 „andreas-unterberger.at“  
Schwerpunkte der journalistischen und wissenschaftlichen Arbeit: Österreichische Außen- und Neutralitätspolitik, Europäische Integration, Sicherheitspolitik, Minderheiten- und Selbstbestimmung, Ost-West-Beziehungen, österreichische Zeitgeschichte, Entwicklungspolitik, politische Strukturen der Vereinigten Staaten, Sanktionenkrise, liberale Reformpolitik. Zahlreiche Preise und Auszeichnungen. Mehrere Bücher. Mehr als 50 politologische Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften und Sammelbänden. Rund 200 politische Studien- und Recherche-Reisen in alle Kontinente.  
Vater dreier erwachsener Söhne.

**Kontakt** Dr. Andreas Unterberger  
Pyrkergrasse 20/14  
1190 Wien  
Österreich

**Andreas Unterberger**

## Wie aus Europa-Befürwortern Skeptiker werden

Auf nur wenige Dinge bin ich in meinem beruflichen Leben wirklich stolz. Dazu gehört jedenfalls die Tatsache, dass ich als erster politischer Journalist Österreichs schon Beginn der 80er Jahre für einen Vollbeitritt zur Europäischen Union – die damals noch EG geheißen hat – eingetreten bin. Unter viel Kritik von Menschen und Organisationen (wie der Wirtschaftskammer und Rot-Grün), die sich jetzt oft als Erfinder Europas gerieren. Offensichtlich habe ich, so wurde mir nachher von mehreren Seiten gesagt, durch die Forcierung des EU-Themas manche Entscheidungsprozesse beeinflusst.

Ich halte auch heute noch die EU-Mitgliedschaft für absolut alternativlos. Der Beitritt zum großen Binnenmarkt mit der gemeinsamen Währung war und ist richtig, wichtig und notwendig, wenn Österreich nicht in eine schwere Krise abstürzen will. Heute freilich kommt zu dieser noch immer positiven Grundtendenz ein rasch wachsendes Unbehagen dazu – ein Unbehagen darüber, wie sich die EU entwickelt.

Mit einem Satz: Die Anzeichen mehren sich, dass die Union zu einem überregulierenden und ob einer schlechten Verfassung ineffizienten Moloch mutiert ist, dass sie nicht mehr den Mut hat, durch echte Reformen den Platz für neues Wohlstandswachstum zu schaffen. Es scheint überdies so, dass die Union so viele Bruchstellen in ihrer Konstruktion hat, dass ihr Scheitern oder ihre totale Lähmung heute als ein realistisches Szenario gewertet werden muss.

Diese Sorge lässt sich in vielen Perspektiven festmachen:

1. Die EU hat sich vom faszinierenden Projekt „Mehr Wohlstand und Sicherheit für alle Europäer durch mehr Raum für den Markt“ zu einem Projekt einiger Eliten mit ganz anderer Motivation gewandelt. Der Beamtenstab der Kommission wurde durch bürgerferne Gesellschaftsveränderer und fanatische Überregulierer unterwandert. Die einstigen Gegner der Integration haben den Marsch durch die Institutionen angetreten. Ihr Motto war offenbar: If you cant beat them join them. Wenn wir die EU nicht umbringen können, dann ändern wir sie in unserem Sinn.
2. Die Union zeigt keine wirkliche Kohärenz mehr in ihrer Willensbildung, sondern sie ist eine Ansammlung von Sekten und Lobbies mit einem in sich sehr geschlossenen Denken und Wollen geworden: die des Umweltschutzes, die des ewig

*Es gibt keine Alternative zur EU-Mitgliedschaft*

*Das Projekt einiger Eliten mit undurchsichtiger Motivation*

*Ansammlung von Sekten und Lobbies*

*Einzelinteressen  
ohne gesamt-  
gesellschaftlichen  
Konsens*

wachsenden Wohlfahrtsstaates, einzelner Industriebranchen, des Konsumentenschutzes, des Feminismus, der Forschungsindustrie. Jede dieser Sekten hat sich in der Union mit Erfolg linear organisiert und kann so im Kreis der jeweils Gleichgesinnten ihre Einzelanliegen durchbringen, ohne jemals einen gesamtgesellschaftlichen Konsens herstellen zu müssen: Von den jeweils zuständigen Generaldirektionen der Kommission über die Räte der Fachminister bis zu den einschlägigen Parlamentsausschüssen sitzen da immer die Gleichgesinnten beieinander. Sie gehen der Konfrontation mit Andersdenkenden gerne aus dem Weg und ignorieren ökonomische und gesamtpolitische Zusammenhänge. So sehen sich die Umwelt-Lobbies in nationalen wie europäischen Behörden zusammen mit den NGOs als verschworene Lobby und gut funktionierendes Netzwerk, dem niemand entgegenzutreten wagt. Diese Beamten-Lobbyisten-Netzwerke haben es oft sogar schon verstanden, an den zuständigen Fachministern vorbei in Zehntausenden Seiten Text Regelungen zu verstecken, die demokratisch nie eine Mehrheit gefunden hätten. Wobei diese Fachminister ohnedies meist zum Kreis der Gleichgesinnten zählen.

*Versteckte Regelungen,  
die demokratisch  
nie eine Mehrheit  
gefunden hätten*

3. Es fehlt im Gegensatz zu den Nationalstaaten jeder Mechanismus zur Herstellung eines einheitlichen Staatswillens. In Österreich etwa herrscht die Pflicht zur Einstimmigkeit im Ministerrat. Aber auch der Fraktionszwang im nationalen Parlament sorgt für klarere Ergebnisse und mehr Effizienz als die oft widersprüchlichen Zufallsmehrheiten im EU-Parlament.

*Die Regierungschefs  
wollen gar keine gut  
funktionierende EU*

4. Die extrem schwache Besetzung der neuen EU-Spitzenpositionen zeigt, dass zumindest die Regierungschefs gar keine gut funktionierende EU wollen. Hier wurden die Europäer glatt betrogen, denen durch den mühsam zustande gekommenen Lissabon-Vertrag eine Stärkung versprochen worden war. Und jene, die eine Stärkung gefürchtet haben, haben sich diesbezüglich umsonst gefürchtet.

*Bürgerferne  
Formulierungen*

5. Die wachsende Bürgerferne zeigt sich selbst dann, wenn die EU unter dem Titel „Europa der Bürger“ Programme entwickelt. Da wimmelt es nur so von an Eliten und Political correctness orientierten, aber bürgerfernen Vokabeln und Formulierungen: „Zivilgesellschaft“, „Erinnerungskultur“, „BürgerInnen, Bürgern/innen“. Mit diesem Technokraten-sprech erreicht man nur sehr wenige Europäer.

6. Die Bürger fühlen sich bei wichtigen Entscheidungen ignoriert wie etwa bei dem mehrheitlich abgelehnten Beitrittsverfahren für die Türkei. Sie haben das Gefühl, dass eine politisch-technokratische Elite diesen Beitritt einfach trotz des Unwillens der Bürger durchzieht.

*Subsidiarität leben*

7. Die Bürger würden sich primär erwarten, dass die EU funktioniert. Dass sie sich nur dort einmischt, wo dies wirklich zur Absicherung des Binnenmarktes notwendig ist. Also in der Technokraten-sprache: Sie sollte Subsidiarität nicht nur predigen, sondern auch leben.

8. Eine Gedankenpolizei, wie sie etwa die in Wien eingerichtete und ständig weiter wuchernde EU-Behörde zur Jagd auf angeblichen Rassismus ist, entspricht nicht dem Zweck der EU und ist kontraproduktiv.
9. Besonders absurd sind die außenpolitischen Ambitionen der EU. Da wird nun ein umfangreicher diplomatischer Apparat aufgebaut und ein europäischer Ratspräsident sowie EU-Außenminister geschaffen. Die angeblich gemeinsame Außenpolitik wird aber dadurch lächerlich gemacht, dass einige EU-Länder weiterhin auf ihrem nationalen Vetorecht im UN-Sicherheitsrat beharren, also im wichtigsten Gremium der internationalen Sicherheit. Sie sind nicht bereit, dieses Recht mit den EU-Partnern teilen. Ebenso problematisch ist: Einige EU-Länder sind in der Nato, andere sind sicherheitspolitische Schwarzfahrer, die sich ohne nennenswerten eigenen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Sicherheit auf die Nato verlassen. Und wenn im Iran eine Weltkrise droht, verhandeln darüber wie eh und je die großen EU-Länder im Alleingang. Ohne EU.
10. Keine EU-Institution nimmt die Bürger wirklich ernst und akzeptiert sie als obersten Souverän, wie es national Behörden und Parteien zumindest ansatzweise versuchen. Die Bürger werden von den EU-Institutionen nur mit teuren PR-Programmen in den Glauben gewiegt, dass es auf sie ankomme.
11. Eine innerösterreichische Teilursache der Malaise ist, dass die hiesigen Parteien selbst an der Mitgestaltung an Europa nicht wirklich interessiert sind. Wahrscheinlich sind ihre Protagonisten zu provinziell dazu. Das wirkt sich naturgemäß auch negativ auf die emotionalen Beziehungen zwischen den Österreichern und der EU aus. Siehe etwa die schwachen Spitzenkandidaten der Parteien bei der letzten EU-Wahl. Siehe die Othmar-Karas-Groteske in der ÖVP. Siehe die Groteske bei der Kommissars-Bestellung, wo es offenbar wirklich um die Suche nach dem schwächsten Mann gegangen ist. Von Hans Peter Martin gar nicht zu reden.
12. Die EU ist heimischen Politikern nur dazu gut, für alles und jedes einen ständig bereitstehenden Sündenbock zu haben, der sich nicht wehrt. Denn die Information über Europa in den einzelnen Ländern haben sich die Länder ausdrücklich selbst vorbehalten. Die aber hüten sich, die EU allzu gut hinzustellen.
13. Die Wahlen zum europäischen Parlament haben europaweit eine Riesenschwäche: In jedem anderen Land der Welt wählt man zumindest indirekt den Premier. Nur nicht in der EU. Kommissionspräsident Barroso und sein Gegenüber, der deutsche Sozialdemokrat Müller, wurden außerhalb ihrer Heimatländer in keiner Weise präsentiert. Es war keinem Wähler wirklich klar, dass sie die Spitzenkandidaten ihrer jeweiligen Parteilianzen waren. Wenn sie das überhaupt waren.

*Rassismusbehörde  
als Gedankenpolizei*

*Die Probleme einer  
gemeinsamen  
Außenpolitik*

*In Österreich  
interessieren sich  
die Parteien nicht  
für europäische  
Mitgestaltung*

*Für heimische Poli-  
tiker ist die EU der  
ideale Sündenbock*

*Soll Europa ein Bundesstaat oder ein Staatenbund sein?*

*Kritik vom deutschen Verfassungsgerichtshof*

*Europa kann die „antieuropäischen Europäer“ nicht ignorieren*

*Keine gemeinsame Arbeitssprache*

14. Solange Europa nicht einmal wirklich weiß, ob es ein Staatenbund oder ein Bundesstaat ist – oder sein will –, fehlt der Union eine entscheidende Perspektive.
15. In der EU herrscht ein skandalös ungleiches Wahlrecht, das die Großen massiv benachteiligt. Österreich profitiert zwar davon – die ganz kleinen Staaten noch mehr –, die Deutschen aber ärgern sich. Würde sich Deutschland nämlich auf 17 Bundesländer aufteilen und jedes davon alleine EU-Mitglied werden, hätten die Deutschen plötzlich in der Summe dieser Länder viel mehr Kommissare, mehr Sitze im Parlament und mehr Stimmen im Rat. Ebenso stehen durch das ungleiche EU-Abstimmungssystem den Nachfolgeländern der Tschechoslowakei und Jugoslawiens viel mehr Sitze zu, als wenn sie solo geblieben wären. Kein Wunder, dass der deutsche Verfassungsgerichtshof in Karlsruhe da besonders kritisch herummeckert. Wobei er sogar das juristische Potenzial hat, die Union zum Scheitern zu bringen.
16. Europa reagiert falsch auf das rasche Anwachsen antieuropäischer Parteien. Diese sind vergleichbar mit den secessionistischen Gruppierungen der Basken, der schottischen Separatisten, der Flamen, der Norditaliener: Überall wächst ein tiefes Misstrauen gegen die Union beziehungsweise den jeweiligen Nationalstaat.

Es ist jedoch die falsche Antwort, wenn man die EU beziehungsweise die Nationalstaaten zu einer Glaubensfrage macht. Oder wenn man in manchen Ländern gar versucht, Autonomisten und Sezessionisten zu kriminalisieren.

Man kann ja auch überzeugter Österreicher sein und dennoch den ganzen Tag die Politik der Regierung kritisieren. Man ist dennoch hoffentlich noch immer ein akzeptierter Staatsbürger. Nur wer sich ständig als total destruktiv erweist, schließt sich aus – wie etwa Hans-Peter Martin zuletzt.

Europa kann aber nicht ein Viertel seiner Bürger und deren Repräsentanten weg-ignorieren, weil die „antieuropäisch“ sind. Dies geht vor allem dann nicht, wenn die Antieuropäer im Einzelnen oft auf echte Probleme hinweisen.

17. In der EU fehlt das in den meisten Nationalstaaten selbstverständliche Wir-Gefühl. Solche Emotionen entstehen aber nicht auf Befehl oder durch bürokratische Programme, sondern durch emotionale Identifikationspunkte. Diese können etwa Dinge wie das Neujahrskonzert für Österreich sein, Länderspiele und andere Sportereignisse, und besonders häufig eine gemeinsame Sprache, Religion und/oder Geschichte. Die Europäer haben hingegen nur eine Geschichte, in der sie sich gegenseitig bekämpft haben.
18. Europa hat es nicht einmal geschafft, sich auf eine gemeinsame Arbeitssprache zu einigen – so wichtig der Schutz der Muttersprachen zugleich ist. Die Einigung auf eine gemeinsame Arbeitssprache scheitert daran, dass die Franzosen immer

gleichberechtigt mit der englischen Sprache sein wollen, der weitaus verbreitetsten Fremdsprache. Was naturgemäß wieder die viel größeren Deutschen rebellisch macht und was letztlich nicht funktioniert.

*Eifersüchteleien*

19. Europas Identität leidet unter der teuren räumlichen Trennung zwischen Kommission und Parlament beziehungsweise zu einem ständig zwischen seinen Amtssitzen wandernden Parlament (übrigens wieder Schuld der Franzosen). Es ist einfach absurd, dass das von den Bürgern gewählte und angeblich so mächtige Parlament nicht einmal das lächerliche Recht hat, über seinen eigenen Sitz zu entscheiden.

20. Europa hat bis heute keine gemeinsamen Geschichtsbücher.

21. Europa hat es unter dem Terror eines laizistischen Nihilismus in der neuen Verfassung nicht einmal geschafft, seine gemeinsamen geistigen Grundlagen auch nur beim Namen zu nennen. Die da primär wären: das Christen- und Judentum mit der gleichen Würde jedes Menschen; die griechisch-römische Antike mit der Entwicklung eines modernen Rechtssystems; und die Aufklärung mit der Betonung der Vernunft.

*Gemeinsame geistige Grundlagen werden verborgen*

22. Europa weiß nicht, wo es aufhören soll. Sind etwa Russland, die Türkei, Israel, Palästina, Marokko, die Ukraine denkbare Mitglieder der Union? In jedem dieser Länder gibt es zumindest eine Diskussion über einen Beitritt.

23. Europa hat Zypern als Mitglied aufgenommen, obwohl ein fremdes Land die Hälfte Zyperns mit militärischen Mitteln besetzt hält. Die EU nimmt das tatenlos hin. Was ein blamables Schwächezeichen ist (wobei damit nichts darüber gesagt ist, ob nicht eine Anerkennung der Teilung Zyperns längst der klügere und auch humanere Weg wäre).

*Ein besetztes Land als Mitglied der EU*

24. Der Lissabon-Prozess ist grandios gescheitert: Mit diesem wollte sich die Union bis 2010(!) zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt machen. Dieses Ziel ist längst unter dem Bremsdruck von gewerkschaftlichen und grünen Anliegen vergessen worden. In Wahrheit fällt Europa ständig immer weiter zurück, insbesondere im Vergleich zu Asien.

25. Europa hat auch viel zu wenig energisch reagiert, als klar wurde, dass alte Mitglieder wie Griechenland und neue wie Bulgarien bei Umsetzung der EU-Regeln massiv geschummelt haben.

*Bei der Umsetzung der strengen EU-Regeln wird geschummelt*

26. Europa hat sich auch immer wieder von einigen Mitgliedsstaaten finanziell erpressen lassen: Nur deswegen findet man beispielsweise heute kreuz und quer durch Spanien und Portugal neu gebaute, aber fast nicht benutzte Autobahnen quer durch die Wüste.

27. Der Europäische Gerichtshof judiziert extrem expansiv. Das heißt, er mischt sich mit Hilfe juristischer Kniffe in immer mehr Bereiche ein, die nach der Vertragslage eigentlich gar

**Die zweifelhafte Rolle  
des Gerichtshofes**

nicht EU-Kompetenz wären. Etwa in die Frage, wer in Österreich Medizin studieren darf.

**Zu viele Beamte  
und Gremien**

28. Viele europäische Politiker halten es tatsächlich für sinnvoll, dass man über einheitliche EU-Regeln teure Sozial-, Ökologie- und Wohlfahrts-Standards verteidigen kann, indem man auch den ärmeren EU-Ländern die gleichen hohen Standards aufzwingt. Sie übersehen dabei, dass die echte Konkurrenz in China & Co liegt, wo man keinen dieser Maßstäbe beachtet, wo man daher gegenüber dem ökosozialen Europa ständig noch wettbewerbsfähiger wird.

29. Die EU-Kommission hat zu viele Beamte und Gremien. Sie alle wollen die eigene Existenzberechtigung ständig primär dadurch rechtfertigen, dass sie immer neue Bereiche regeln. Andernfalls fürchten sie den Vorwurf der Untätigkeit von Medien oder Abgeordneten.

**Illegale Einwanderer werden  
legalisiert und  
setzen sich in alle  
EU-Staaten ab**

30. Einige Beispiele für überflüssige bis provozierende EU-Regeln, die alle auch national geregelt werden oder zum Teil auch ungeregelt bleiben könnten: das Rauchverbot; die sozialversicherungsrechtliche Beschäftigung von Sportlern; die Einmischung der EU in Gleichbehandlungsfragen etwa bei der Vergabe eines Arbeitsplatzes; die Festlegung irreversibler Umweltschutzgebiete; die teure wie unrealistische Vorzugschülerrolle beim Kyoto-Abkommen (während sich die USA und China mit Scheinaktionen begnügen); das Glühlampenverbot; die Einführung der absoluten Personenfreizügigkeit in der EU, wobei aber die Regierungen trotzdem weitestgehend frei bleiben, mit einem einzigen Gesetz Hunderttausende illegaler Einwanderer zu legalisieren. Die sich dann über ganz Europa ausbreiten.

31. Last not least das Hauptproblem der heutigen Union: Ihr sind die beiden entscheidenden historischen Existenzgrundlagen weggefallen.

a. Die eine war das „Nie wieder!“ nach einem 30-jährigen europäischen Bürgerkrieg, nach Jahrhunderten, in denen sich beispielsweise die Menschen auf beiden Seiten des Rheins immer wieder bekriegt haben.

b. Das andere war die gemeinsame Angst vor der gewaltigen Bedrohung durch den Kommunismus. Dieser Bedrohung wollte man nicht nur durch gemeinsame Verteidigung (über die Nato), sondern auch durch gemeinsamen Wohlstand über einen gemeinsamen Markt (in den diversen Vorläufergemeinschaften der EU) entgegentreten, um zeigen zu können, welches Gesellschaftsmodell besser funktioniert.

**Von gesellschaftlichem Erfolg zu  
Sinnkrise und  
geistigem Vakuum**

Beide Ziele wurden einst grandios erreicht, sind heute aber für keinen Europäer mehr eine Antriebskraft. An ihre Stelle trat das geistige Vakuum einer Sinnkrise. Der Wohlstand durch einen funktionierenden Markt alleine ist vielen zuwenig. Daher wird nun von manchen versucht, Political correctness zum letzten Sinn

**Political correctness  
ist kein Sinnstifter**

der EU zu machen. Was naturgemäß ebenso grandios scheitern muss.

Was tun? Das fragte einst Lenin und das sollte sich heute auch Europa fragen – also wir alle. Auch da gibt es mehrere Ansätze – über den zentralen Gedanken hinaus, all die angeführten Fehlentwicklungen zu revidieren.

1. Am besten wäre es wohl, die Mechanismen der EU komplett neu – und zwar als Bundesstaat mit extrem starken Subsidiaritätsregeln – zu erfinden. Denn das jetzige Grundgerüst war einst für einen 6er Klub konstruiert worden. Seither wurde es durch ständiges Flickwerk zwar immer weiterentwickelt, passt aber dennoch für ein Europa der 27-Plus nicht mehr.
2. Da eine Neugründung mangels ähnlich starker Motivationen wie nach 1945 wohl derzeit nicht möglich ist, sollte man ehrlich diskutieren, ob sich die EU nicht auf Binnenmarkt und Euro konzentrieren und alle weiteren Ambitionen aufgeben soll.
3. Ein ähnlicher Gedanke wird EU-intern unter dem Schlagwort „Konsolidierung statt Vertiefung und ständiger Erweiterung“ diskutiert, weil dort zumindest manche spüren, dass die Eliten bei ihrem Tempo (und bei wahrscheinlich vielfach falscher Richtung) die Bürger einfach überfordern.
4. Jedenfalls sinnvoll ist ein kräftiges personelles Abspecken der EU-Kommission, vor allem bei ihren legislativen Abteilungen, und eine enge Begrenzung des Erlassens neuer Richtlinien.
5. Sind solche Askese-Strategien nicht umsetzbar, müssen sich die Staaten noch viel besser anpassen und vereinheitlichen. Beispiel: Österreich kann dann nicht mehr als einziges Land ein Studium ohne Aufnahmeprüfungen für alle anbieten. Weiteres Beispiel: Die Bundesländer dürfen dann nur genauso viel Kompetenzen wie französische oder italienische Provinzen haben. Mit anderen Worten: die europäische Askese muss dann halt durch eine nationale ersetzt werden.

*Reduktion auf  
Binnenmarkt  
und Euro*

*Die Alternative ist  
eine vertiefte  
Vereinheitlichung*

Am wahrscheinlichsten ist natürlich, dass keinerlei sinnvolle Konsequenzen aus all diesen Fehlentwicklungen gezogen werden. Das aber hat dann klare Konsequenzen: Europa wird dann weiter ökonomisch wie politisch marginalisiert – und damit verarmen. Sein Schicksal wird ähnlich dem der Griechen. Die träumen seit langer Zeit nur noch von ihrer stolzen Vergangenheit; für die Gegenwart sind ihnen lediglich viel Kultur, Geschichte und Knowhow für kulinarisch Genüsse geblieben.